

Mehr als Schutz

Medienbildung als kulturelle Infrastruktur

FRIEDRIKE VON GROSS & RÜDIGER FRIES

Wenn über Kinder im Netz gestritten wird, kreist die Debatte schnell um Verbote: Es geht um Altersgrenzen für Social Media, oder Handyverbote an Schulen. Die am 20. April 2026 vorgelegte Bestandsaufnahme der Unabhängigen Expertenkommission »Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt« widersteht dieser Verkürzung: Interdisziplinär angelegt, zeichnet sie ein differenziertes Bild und schließt einfache Antworten aus. Als größter medienpädagogischer Fachverband des Landes begrüßt die GMK, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, diesen Befund ausdrücklich. Entscheidend ist, was nun folgt. Aus unserer Sicht wird deutlich: Es braucht dringend eine Strukturreform. Medienbildung darf nicht länger aus befristeten Projekten bestehen, sie muss verlässliche Infrastruktur werden.

Der Dreiklang von Befähigung, Schutz und Teilhabe

Die Kommission denkt den Jugendmedienschutz konsequent von der Trias aus Befähigung, Schutz und Teilhabe her und versteht Medienbildung als Querschnittsaufgabe von der frühen Kindheit über Kita und Schule bis hin zur Jugendhilfe und Elternbildung. Darin erkennen wir Grundüberzeugungen unserer Arbeit wieder: dass Medienkompetenz junge Menschen nicht nur schützt, sondern ebenso befähigt und ihnen Teilhabe eröffnet, dass Jugendmedienschutz nur als Verantwortungsgemeinschaft gelingt und dass Regulierung und Bildung zusammengehören. Medienkompetenz gehört sowohl in die Gesetzgebung als auch in den Haushalt als gleichrangige dritte Säule neben Plattformregulierung und technischem Schutz.

Wer nur schützt, ohne zu befähigen, verwehrt jungen Menschen den Zugang zu den Räumen, in denen heute Kultur

entsteht. Wer junge Menschen schützen will, kann sie nicht aus dem Raum aussperren, in dem sie aufwachsen und lernen. Medienkompetenz als Fähigkeit, die schützt – z. B. Risiken einzuschätzen, Manipulation zu durchschauen, das eigene Handeln zu reflektieren etc. – ist dieselbe, die zur Teilhabe befähigt. Medienbildung steht für Schutz und Befähigung und dabei folglich für zwei gleichwertige Seiten eines Ziels.

Das Digitale ist eine kulturelle Bedingung

Warum diese Bildung auch eine kulturelle ist, macht die kulturelle Medienbildung deutlich. Benjamin Jörissen, Inhaber des Lehrstuhls für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Kultur und ästhetische Bildung in Erlangen-Nürnberg, beschreibt Digitalisierung nicht als rein technischen Fortschritt, sondern als kulturellen Prozess. Eingebettet in einen größeren kulturhistorischen Wandel bietet Digitalisierung Raum für Aus handlungsgeschehen politischer, ökonomischer und ästhetischer Praktiken. Schon die von ihm und Winfried Marotzki begründete strukturelle Medienbildung versteht Medien nicht als bloße Werkzeuge. Sie sind Bedingungen, unter denen sich das Selbst- und Weltverhältnis junger Menschen überhaupt erst bildet. Wenn Medien aber der Stoff sind, aus dem Identität, Beziehung und Öffentlichkeit entstehen, dann ist Bildung der einzige tragfähige Schutz.

Für die Kulturpolitik folgt daraus Grundsätzliches: Kulturelle Teilhabe verläuft heute über digitale, vernetzte, algorithmisch geprägte Räume. Jugendkultur ist dabei selbst postdigital. Junge Menschen remixen Videos, gamen, streamen und produzieren Musik und Bilder. Sie praktizieren also ästhetisch-kulturelle Praktiken. Wer daran teilhaben will, muss diese Räume lesen, gestalten und kritisch befragen können. Das gilt auch für Demokratiebildung. Wie jemand Desinformation erkennt, Quellen prüft und sich begründet äußert, entscheidet über



FOTO: PIXABAY | SWEETLOUISE

Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur fordert eine strukturelle Verankerung der Medienbildung entlang der gesamten Bildungskette

Teilhabe an öffentlicher Meinungsbildung. Medienbildung ist deshalb kein Anhängsel des Jugendschutzes; sie ist Voraussetzung kultureller wie demokratischer Teilhabe.

Von der Projektförderung zur verlässlichen Infrastruktur

Unsere zentrale Forderung dürfte dem Kultursektor vertraut klingen. Medienpädagogische Praxis ist bis heute von projektformiger, befristeter und oft prekärer Förderung geprägt: Bewährte Vorhaben müssen von Antrag zu Antrag neu eingeworben werden, wodurch Trägerstrukturen fragil bleiben, und Expertise verloren geht. Den von der Expertenkommission beschriebenen Herausforderungen, wie der zersplitterten

Elternbildung oder den knappen Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe, ist so nicht beizukommen.

Wir fordern deshalb eine nationale Bildungsoffensive für Medienkompetenz und Demokratiebildung: Medienbildung soll entlang der gesamten Bildungskette strukturell verankert, mehrjährig finanziert und durch eine bundesweite Koordinierungsstelle gebündelt werden. Dazu gehören die verpflichtende Verankerung von Medienpädagogik im Studium aller pädagogischen Berufe und in allen drei Phasen der Lehrendenbildung, eine niedrigschwellige Elternbildung, die auch benachteiligte Familien erreicht, verbindliche Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche sowie eine ausgebaute Forschungsinfrastruktur.

Medienbildung als verlässliche Infrastruktur zu begreifen, ist auch eine kulturpolitische Entscheidung. Sie schließt an Debatten an, die der Kultursektor seit Langem führt: über die Grenzen der Projektlogik und die Anerkennung kultureller Bildung als Daueraufgabe. Ende Juni 2026 will die Kommission ihre Handlungsempfehlungen vorlegen. Es wäre ein Gewinn, wenn aus der Bestandsaufnahme tatsächlich eine Strukturreform würde. Eine, die Befähigung, Schutz und Teilhabe als gemeinsame Grundlage einer digitalen Kultur der Mündigkeit begreift.

Friederike von Gross ist Co-Geschäftsführerin und Rüdiger Fries Co-Vorsitzender der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur

Institutionen unter Druck

Wie können Kultureinrichtungen Räume für echte Auseinandersetzungen offen halten?

KATARZYNA WIELGA-SKOLIMOWSKA

Wenn die US-Regierung Museen aufordert, bestimmte Kunstwerke nicht mehr auszustellen, um so ein »patriotisches Narrativ« zu befördern, wenn ein italienischer Kulturminister alle Opern- und Symphonieorchester des Landes einer »künstlerischen Überprüfung« unterzieht, oder sein polnischer Amtskollege ins kuratorische Konzept eingreift und eine fertige Ausstellung ändern lässt, ist allen sofort klar: Hier geht es um staatliche Einflussnahme auf die Kultur und ihre Institutionen. Die Kunstfreiheit steht auf dem Spiel. Diese Fälle erfahren weltweit viel Aufmerksamkeit. Durch sie allein lässt sich aber der Druck nicht beschreiben, den derzeit Leiterinnen und Leiter von Kulturinstitutionen in Deutschland und international spüren und formulieren. 2025 veröffentlichte der niederländische Rat für Kultur eine Studie die unter dem Titel »Schaffen ohne/

unter Druck? – Künstlerische Freiheit als demokratisches Fundament«. Ausgangspunkt der Studie war die Beobachtung, dass gesellschaftliche Konflikte und digitale Empörungsdynamiken den Druck auf kulturelle und erinnerungspolitische Institutionen ebenso stark verändert haben wie geopolitische Krisen.

Diese Veränderung versucht die Studie anhand von Beispielen zu analysieren und kommt zu einer Unterscheidung von zwei Kategorien: dem vertikalen und dem horizontalen Druck. Der vertikale Druck wird



ZWEITE LESART

sichtbar in direkten wie indirekten staatlichen Eingriffen in kulturelle Institutionen, etwa durch Entlassungen von Leitungspersonal, Überprüfung von Ausstellungen oder Entfernung künstlerischer oder historischer Inhalte. Beispiele dafür findet die niederländische Studie – nicht überraschend – vor allem im Ausland: in den USA, Belarus und

Russland, der Slowakei oder Orbáns Ungarn. Die zweite Art von Druck, der horizontale, entsteht laut der Studie aus der Gesellschaft heraus durch Proteste, Kampagnen, auch in den sozialen Medien, oder innerhalb der Kulturinstitution selbst. Er manifestiert sich z. B. dann, wenn ein Theater sich entscheidet, ein Stück vom Spielplan zu nehmen, weil Teile des Publikums protestiert haben. Oder wenn eine Bibliothek aufgrund der Beschwerden von Besuchern Bücher aus den Regalen entfernt. Ja, er kann sogar sichtbar werden, wenn die Mitarbeitenden eines Konzerthauses sich dagegen wehren, eine bestimmte Künstlerin oder ein bestimmtes Werk zu programmieren.

Man kann kritisch zur Studie anmerken: Der horizontale Druck ist kein neues Phänomen. Proteste gegen Kunst gibt es, seit es Kunst gibt. Trotzdem benennt die Studie einen interessanten aktuellen Befund: Zunehmend geht es nämlich nicht mehr um unterschiedliche Meinungen oder ästhetische Urteile, sondern um moralische Lagerbildung, emotionale Ablehnung der Andersdenkenden und eine sinkende Ambiguitätstoleranz in Teilen der Gesellschaft. Veranstalter und Kuratorinnen sehen

sich immer öfter mit der Frage konfrontiert, welche Produktionen sie noch zeigen könnten, ohne massive öffentliche Konflikte auszulösen. Das zeigt etwa der Fall eines Theaters in Amsterdam, das einen israelischen Comedian aufgrund des enormen Drucks einer pro-palästinensischen Boykottkampagne ausgeladen hatte, um dann für diese Ausladung in Kritik pro-israelischer Gruppen zu geraten. In so einer Situation übernimmt eine Kulturinstitution die Rolle eines Konfliktmanagers gesellschaftlicher Polarisierung. Das bindet enorme Ressourcen und bedarf neuer Kompetenzen für Sicherheitsmanagement, Krisenkommunikation und Konfliktmoderation.

Die Studie beschreibt nicht, was es für die Kulturfreiheit bedeutet, wenn der horizontale Druck sich auf den vertikalen überträgt und die Empörungsdynamiken politische Reaktionen in Form von Einflussnahme auf die Kultureinrichtungen nach sich ziehen. Kulturfreiheit ist für eine demokratische Gesellschaft fundamental, denn sie umfasst institutionelle Eigenständigkeit kultureller Einrichtungen als Grundlage der Kunstfreiheit. Es braucht gar nicht viel Fantasie, um sich auszumalen,

wie ein solches Zusammenspiel von vertikalem und horizontalem Druck künftig auch in Deutschland noch mehr an Dynamik gewinnen könnte. Nicht jede gesellschaftliche Zuspitzung ist bereits eine Gefährdung demokratischer Öffentlichkeit. Demokratie lebt vom Konflikt. Die entscheidende Frage lautet eher, ob wir noch Räume schaffen können, in denen harte Auseinandersetzungen nicht sofort zu moralischen Feindbildern führen. Wir brauchen eine Debatte darüber, welche Kompetenzen und welche Unterstützung die Kultureinrichtungen benötigen, von der Politik, von ihren Förderern und untereinander, damit sie weiterhin Orte produktiver gesellschaftlicher Reibung bleiben können.

Katarzyna Wielga-Skolimowska ist Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes

ZWEITE LESART

Ab sofort beleuchtet Katarzyna Wielga-Skolimowska in ihrer Kolumne »Zweite Lesart« aktuelle nationale und internationale Kulturthemen in Politik & Kultur.